Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Leistungen des Rettungsdienstes des Landkreises Teltow-Fläming

Aufgrund des § 131 der Kommunalverfassung für das Land Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I Seite 286) in Verbindung mit § 3 BbgKVerf sowie mit § 17 Absatz 1 des Gesetzes über den Rettungsdienst im Land Brandenburg (Brandenburgisches Rettungsdienstgesetz – BbgRettG) vom 14. Juli 2008 (GVBl. I Seite 186) hat der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming in seiner Sitzung am 15. Dezember 2008 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Grundlagen

(1) Der Landkreis Teltow-Fläming ist gemäß § 6 Absatz 1 Satz 1 BbgRettG Träger des Rettungsdienstes im Gebiet des Landkreises Teltow - Fläming. Er erhebt für die Inanspruchnahme von Leistungen des Rettungsdienstes Gebühren nach Maßgabe dieser Satzung.

(2) Die Inanspruchnahme von Leistungen des Rettungsdienstes

- a) Einsatz und Durchführung von Transporten mit Krankentransportwagen (KTW)
- b) Einsatz und Durchführung von Transporten mit Rettungswagen (RTW)
- c) Einsatz eines Notarzteinsetzfahrzeuges (NEF)
- d) Einsatz eines Notarztes

ist gebührenpflichtig.

(3) Der Einsatz des Rettungsdienstes erfolgt entsprechend den Aufgaben nach § 2 BbgRettG aufgrund eines Notrufes im Rahmen der Notfallrettung oder der Bestellung eines Krankentransportwagens, infolge einer ärztlichen Verordnung, die den Transport mit einem Fahrzeug des Rettungsdienstes (KTW und RTW) vorsieht.

§ 2 Grundlage, Maßstab und Entstehung der Gebühren

(1) Grundlage und Maßstab der Gebührensätze ist eine Kosten- und Leistungsrechnung. Die Gebührenhöhe bemisst sich nach dem auf einen Einsatz entfallenden Betrag an den Kosten, die durch die Bereitstellung der jeweiligen Leistung (KTW, RTW, NEF, Notarzt) entstehen.

(2) Eine Gebühr nach dieser Satzung entsteht mit dem Ausrücken des bzw. der eingesetzten Fahrzeuge(s) und des Notarztes. Sie wird in einem dem Gebührenschuldner bekannt zu gebenden Gebührenbescheid festgesetzt.

(3) Die Höhe der Gebühren richtet sich nach der Art des angeforderten und eingesetzten Fahrzeuges und der einsatzbedingt zurückgelegten Fahrstrecke.

§ 3 Gebührensschuldner

- (1) Zur Zahlung der Gebühren ist derjenige verpflichtet,
1. zu dessen Gunsten der Einsatz des Rettungsdienstes veranlasst und erfolgt ist (Benutzer),
 2. der die Kosten durch entsprechende Erklärung übernommen hat,
 3. der für die Gebührensuld eines anderen kraft Gesetz haftet,
- (2) Mehrere Gebührensschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 4 Beförderungsbedingungen

- (1) Für jeden Transport durch ein Fahrzeug des Rettungsdienstes ist eine ärztliche Bescheinigung (Verordnung einer Krankenbeförderung) über die Notwendigkeit der Fahrt vorzulegen.
- (2) Ausnahmen sind nur in dringenden Fällen zulässig, insbesondere bei Unfällen oder akuter Lebensgefahr sowie bei Schadensereignissen mit einem Massenansturm von verletzten oder erkrankten Personen (MANV).
- (3) Leidet die zu befördernde Person an einer ansteckenden Krankheit, so ist dies dem Personal des eingesetzten Fahrzeuges bzw. der Leitstelle vor Antritt der Fahrt mitzuteilen.
- (4) Qualifizierte Krankentransporte mit KTW bedürfen der vorherigen Genehmigung durch die zuständigen Kostenträger nach Maßgabe der Richtlinien über die Versorgung von Krankenfahrten und Krankentransportleistungen (Krankentransport-Richtlinien).

§ 5 Höhe der Gebühren

- (1) Für die Inanspruchnahme von Leistungen des Rettungsdienstes werden folgende Gebühren erhoben,
a) Einsatz eines Krankentransportwagens (KTW)	242,10 Euro
b) Einsatz eines Rettungswagens (RTW)	361,10 Euro
c) Einsatz eines Notarzteinsetzfahrzeuges (NEF)	203,80 Euro
d) Einsatz eines Notarztes	160,00 Euro

(2) Zusätzlich zu den Gebühren nach Abs. 1 wird eine Gebühr je angefangenen gefahrenen Kilometer für die einsatzbedingt zurückgelegte Fahrstrecke in Höhe von 0,35 Euro erhoben.

(3) Grundsätzlich beginnt und endet der Einsatz an einer Rettungswache. Bei aufeinanderfolgenden Einsätzen ohne Rückkehr zur Rettungswache werden die Fahrkilometer für den neuen Einsatz ab dem Ort der Entgegennahme der Auftragsmeldung der Leitstelle der Berechnung zu Grunde gelegt, es sei denn, die tatsächlich gefahrenen Kilometer liegen über denen des Einsatzes eines Fahrzeuges von der nächstgelegenen geeigneten Rettungswache aus, dann wird diese Strecke der Berechnung zu Grunde gelegt.

(4) Werden im Rahmen des Einsatzes eines Fahrzeuges sowie des Einsatzes eines Notarztes aus Gründen der Zweckmäßigkeit und wenn es die Lage erfordert mehr als eine Person transportiert, so entsteht die jeweilige Gebühr nach Absatz 1 und 2 für jede transportierte Person zu gleichen Teilen.

(5) Die Kosten der Leitstelle sind in den vorstehenden Gebühren anteilig enthalten.

§ 6 Fälligkeit der Gebühr

Die Gebühren werden durch Gebührenbescheid festgesetzt und sind zwei Wochen nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides zur Zahlung fällig.

§ 7 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Satzung tritt zum 1. Januar 2009 in Kraft und gilt für ein Jahr.

(2) Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Einrichtungen des Rettungsdienstes des Landkreises Teltow-Fläming vom 14.02.2005 (veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 3 für den Landkreis Teltow-Fläming vom 18. Februar 2005), zuletzt geändert durch die 3. Änderungssatzung vom 10.12.2007 (veröffentlicht im Amtsblatt für den Landkreis Teltow Fläming Nr. 32 vom 12. Dezember 2007), außer Kraft.